



## Genosse Ulbricht antwortet westdeutschen Besuchern

Frage: Kann ein Vertreter der westdeutschen Unternehmerschaft Mitglied der Nationalen Front sein? Ich stamme aus Solingen. Ich gehöre gewissermaßen in die Gruppe mittlerer Fabrikanten und bin Mitglied des Arbeitgeberverbandes Solingen. Von Angehörigen des Solinger Unternehmertums wird die Frage, ob ein Unternehmer Mitglied der Nationalen Front sein kann, oft gestellt. Deshalb möchte ich gern Ihre Auffassung hören.

Antwort: Unabhängig von der Frage, welche politische Einstellung der einzelne hat, sagen wir offen, daß die Deutsche Demokratische Republik mit jedem, der bereit ist, geschäftliche Beziehungen zu unterhalten, Geschäfte durchführen wird. Welche Weltanschauung er hat, interessiert uns dabei überhaupt nicht. Ob das ein Großunternehmer ist oder ein kleiner Unternehmer, ist für uns nicht entscheidend. Für uns ist entscheidend, daß der Mann bereit ist, die Verträge, die abgeschlossen werden, einzuhalten. Das ist das Geschäftsprinzip, das auch sonst überall gültig ist. Warum soll man das nicht in Deutschland einhalten? Mit jedem Unternehmer werden wir Wirtschaftsberatungen führen und auch die Angebote der Unternehmer in unseren Außenhandel einbeziehen. Zum Beispiel haben wir von westdeutschen Vertretern der Metallindustrie aus Solingen Angebote in unsere Vereinbarungen mit Polen einbezogen. Das können wir selbstverständlich mit jedem anderen Land auch machen. Es wäre sogar wünschenswert, daß das geschieht.

Es ist für die westdeutschen Unternehmer eine Lebensfrage. Die amerikanischen und englischen Herren sind bemüht, sie niederzukonkurrieren. In amerikanischen oder englischer Offiziersuniform schicken sie ihre Konzernleute, damit sie ausspionieren, was es Neues in Westdeutschland gibt, und damit sie feststellen, welche industrielle Produktion man drosseln oder ganz verhindern muß. Dazu ist die westliche Besatzungsmacht da. Das ist eine sehr eigenartige Aufgabe. Sie erinnert mich manchmal an die Methoden, die Hitler und die

deutschen Konzerne in Frankreich und der Tschechoslowakei angewandt haben. Ein sehr großer Unterschied besteht hier nicht.

Wenn also die Lage so ist, muß sich doch jeder Unternehmer auch die Frage stellen: Wie sollen wir weiterkommen? Gibt es eine Aussicht, daß die amerikanischen Herren mehr deutsche Waren kaufen werden? Die Krise wird sich entwickeln, und sie werden daher die deutsche Produktion weiter drosseln. Die Herren haben keinerlei Perspektive. Vor den westdeutschen Unternehmern steht also die Frage: Wo kann ich meine Waren absetzen? Die kann man nicht im Westen absetzen, sondern entweder bei uns oder mit unserer Hilfe in den Ländern des Aufstiegs, nicht in den Ländern des Niedergangs.

Nun verbinden sie diese Frage mit der Nationalen Front. Diese Frage ist berechtigt auch vom Standpunkt der Perspektive. Die anglo-amerikanischen Kolonialherren, die da in Westdeutschland ihr Unwesen treiben, haben keinen Ausweg aus der jetzigen Lage. Deshalb gehen sie dazu über, die Wirtschaft auf die Gleise des Krieges, der Rüstungsproduktion zu führen. In Amerika legen sie Milliarden in der Atomindustrie an. Es ist ein altes kapitalistisches Prinzip, daß, wenn Milliarden angelegt werden, sie auch entsprechend Profite abwerfen sollen. Die amerikanischen Monopole sind der Meinung, im Kriege werden sich die Milliarden rentieren. Wir sind anderer Meinung. Es gibt einige Leute, die sich zu Handlangern dieser Herren herabgewürdigt haben, wie Adenauer und einige andere, die glauben, daß es durch die Schaffung des Ruhr - Lothringischen Rüstungskombinats möglich sei, auf dem Wege der Rüstungsproduktion einen wirtschaftlichen Ausweg zu finden. Aber dieser Weg ist der Weg, der zum dritten Mal in die Katastrophe führt.

Wenn Sie also an mich die Frage richten: Gehört der Unternehmer in Westdeutschland in die Nationale Front? So muß ich Ihnen sagen: Er hat gar keinen anderen Ausweg.

Sie werden mich fragen: Ja, aber wie

werden wir uns vertragen? Da sind Sozialisten, da sind christliche Sozialisten, da sind Demokraten, da sind Unternehmer, die in einigen Fragen sogar ziemlich konservative Auffassungen haben. Erlauben Sie mir einen einfachen Vergleich. Wir sind in unserem deutschen Hause sozusagen in folgender Lage: Unten in der ersten Etage wohnt meinetwegen ein Unternehmer, in der zweiten Etage ein Angestellter, in der dritten Etage ein Handwerker und in der vierten Etage ein Arbeiter. In dieses Haus kommen Vertreter der westlichen Besatzungsmacht, nicht etwa, um das Haus zu schützen, sondern um es anzuzünden. Nun kann man selbstverständlich zwei Wege gehen. Man kann zuerst diskutieren, was man in der Zukunft alles tun wird. Wir können aber auch den Weg gehen, daß wir uns sofort in der Nationalen Front einigen und diesen Brandstiftern die Mittel, mit denen sie das deutsche Haus anstecken wollen, aus der Hand schlagen. Das, glaube ich, ist der richtigere Weg. Wenn wir auf diese Weise den Frieden gesichert haben, dann soll das deutsche Volk entscheiden, welche innere Ordnung es in Deutschland gestalten will.

Vielleicht sind wir hier in manchen Fragen ganz verschiedener Meinung. Das ist aber nicht entscheidend. Sie sind Deutsche und wir sind Deutsche. Wir sind der Meinung, daß alle Deutschen, unabhängig von der Weltanschauung, von ihrer sozialen Lage in der Gesellschaft, gegenwärtig ein gemeinsames Interesse haben, nämlich das Interesse an der Sicherung des Friedens, daran, den Brandstiftern, die drauf und dran sind, unser Haus zu zerstören, dies unmöglich zu machen und zu erreichen, daß es Agenten nicht erlaubt wird, diesen Brandstiftern von innen her noch zu helfen. Alle Deutschen müssen sich verständigen, müssen gemeinsam handeln gegen einen gemeinsamen Feind, der Deutschland wirtschaftlich zugrunde richten will und Deutschland durch seine Kriegsprovokation, durch die Verwandlung Westdeutschlands in eine Militärbasis tatsächlich zugrunde richtet. Das ist die reale Lage.